– (2009a): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 54, 5, S. 71-78.
– (2009b): Zeit für eine politische Neuorientierung: Die Gewerkschaften und die Hoffnung auf ein soziales Europa, in: Internationale Politik und Gesellschaft 17, 4, S. 11-25.
– (2010a): Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt-Kapitalismus: Der Fall Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 63, 9, S. 443-450.
– (2010b): Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht, in: Luxemburg 2, 1, S. 18-29.
– (2012a): Gewerkschaften und Kapitalismuskritik, in: Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung 23, 4, S. 19-30.
– (2012b): Crisis Corporatism and Trade Union Revitalisation in Europe, in: Steffen Lehndorff (Hrsg.), A Triumph of Failed Ideas: European Models of Capitalism in the Crisis. Brüssel: European Trade Union Institute (ETUI), S. 219-241.
– (2018): Ausbruch aus dem Gehäuse der Economic Governance. Überlegungen zu einer Soziologie der Wirtschaftsdemokratie in transformativer Absicht, in: Berliner Journal für Soziologie 28, 1-2, S. 91-122.
– (2019a): Vorlauf zu einem HKWM-Artikel „Mosaik-Linke", in: Das Argument 61, 1, 19-31.
– (2019b): In der Bewährungsprobe. Replik auf die Kritik der Mosaik-Linken, in: Das Argument 61, 2, S. 169-182.

Hans-Jürgen Bieling

Europäische Integration im Zeichen des amerikanisch-chinesischen Hegemoniekonflikts

1 Einleitung

Als Albert Camus in den 1940er Jahren schrieb, „Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen" (Camus 2004: 160), ging es ihm um die Frage der Selbstverwirklichung unter Bedingungen absurder gesellschaftlicher Verhältnisse. Vielleicht ist es hilfreich und entlastend, diese Empfehlung auf die kritische EU-Forschung und die Vertreter einer progressiv-kritischen Europapolitik zu übertragen. Diese haben zwar kein individuell-selbstbezogenes, sondern soziales Anliegen, aber ansonsten kämpfen auch sie bereits über Jahrzehnte dafür, die Absurdität der europäischen Realitäten durch progressive Reformimpulse verändern zu wollen, ohne dass sich bislang größere Erfolge eingestellt hätten. Immer wieder wurden die so zahlreichen Krisen als Weggabelungen mit der Option einer progressiven Neuorientierung der EU-Politik diskutiert, doch letztlich dominierte stets die Pfadabhängigkeit der europäischen Integration.

Besonders ernüchternd war zuletzt der Verlauf der Finanz- und Eurokrise. Wer anfangs noch die Hoffnung gehegt hatte, dass sich angestoßen durch die umfassende staatliche Intervention in das Kreditsystem eine Abkehr von der marktliberalen Wettbewerbsorientierung und den austeritätspolitischen Vorgaben der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vollziehen würde, musste sich nach der strategisch-diskursiven Umwandlung der „Finanzkrise" in eine „Staatsschuldenkrise" eines Besseren belehrt sehen. Entsprechend blicken die EU-kritischen Beobachter*innen derzeit eher skeptisch auf das europäische Management der Corona-Pandemie. Hans-Jürgen Urban (2020: 2ff) argumentiert in einem Überblickstext, dass durchaus einige, aus der Not geborene Reformansätze – so vor allem die zusätzlichen Instrumente einer kreditfinanzierten Stabilisierung der europäischen Ökonomie: SURE, ESM, der Wiederaufbaufonds „Next Generation EU", der Mehrjährige Finanzrahmen (2021-27) – gestartet wurden, bislang aber nicht erkennbar ist, dass sich diese in die Perspektive einer sozial-ökologischen Reformagenda einfügen. Offenbar stehen einer solchen Reorientierung der exekutivlastige Charakter des Krisenmanagements, die laufenden politischen Debatten und auch die absehbaren verteilungspolitischen Konflikte entgegen.

Dieser Einschätzung ist nicht grundsätzlich zu widersprechen. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Spielräume für einen integrationspolitischen Pfadwechsel nicht doch etwas größer – und zugleich weniger klar kalkulierbar – als angenommen sind; nämlich dann, wenn auch der Umbruch in der globalen Machtkonstellation in die Betrachtung mit einbezogen wird. Dann könnte es durchaus sein – in der Debatte über die Corona-Pandemie und kritische Produkte und Infrastrukturen ist dies angeklungen –, dass

plötzlich Dynamiken und Erwägungen relevant werden, die in den europapolitischen Auseinandersetzungen ansonsten im Hintergrund stehen.

2 Die europäische Integration in der globalen politischen Ökonomie

Die akademischen und öffentlichen Diskurse über den Fortgang der europäischen Integration nehmen zumeist eine Binnenperspektive ein. Dies ist insofern naheliegend, als die strategische Orientierung der EU vor allem durch interne Krisenprozesse und hierauf bezogene gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen bestimmt ist. Der analytische Vorrang der innereuropäischen Kräfteverhältnisse ist somit wohl begründet. Er rechtfertigt es jedoch nicht, die Außenbeziehungen der EU und die globale politische Ökonomie aus der Betrachtung gänzlich herauszunehmen. So stellte der Prozess der europäischen Integration von Beginn an den Versuch dar, den Widerspruch zwischen der „Internationalisierung der Kapitalverwertung (...) und der Enge nationaler Märkte und der Schranken des Nationalstaats" (Statz 1989: 16) zu bearbeiten, indem ein größerer Wirtschaftsraum und partiell vergemeinschaftete politische Kompetenzen geschaffen wurden. Dieser Prozess, d.h. die Initiativen der europapolitischen Akteure, und auch die Operationsweise des europäischen Wirtschaftsraumes wurden dabei durch die globale, insbesondere durch die transatlantische Handlungskonstellation gleichsam „überdeterminiert", d.h. wesentlich strukturiert und in ihrer Varianz kanalisiert.

In den Nachkriegsjahrzehnten entsprach die europäische Integration dem internationalen Ordnungsgefüge des „eingebetteten Liberalismus" (Ruggie 1982). Dieses Ordnungsgefüge stützte sich maßgeblich auf das Bretton Woods System, das unter US-amerikanischer Führung ausgehandelt worden war. Das System fester, im Fall größerer Ungleichgewichte aber auch anpassungsfähiger Wechselkurse mit einer Goldbindung des US-Dollars wurde durch die Kredite internationaler Finanzinstitutionen – IWF und Weltbank – und durch das Instrument der Kapitalverkehrskontrollen stabilisiert. Die durch das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) geförderte Liberalisierung der Gütermärkte war doppelt eingehegt: auf der internationalen Ebene durch die Spielregeln der währungs- und wirtschaftspolitischen Kooperation und auf der nationalen Ebene durch eine relativ umfassende wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitische Regulation. Der Prozess der europäischen Integration fügte sich in den Nachkriegsjahrzehnten sehr gut in das Ordnungsgefüge des „eingebetteten Liberalismus" ein (Bieling 2010: 58 ff.). Nachdem die USA von Beginn an mit dem Marshallplan und der Europäischen Zahlungsunion (EZU) die rasche Erholung und Integration Westeuropas unterstützt hatten, konzentrierte sich das Kernprojekt der Nachkriegsjahrzehnte, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), sehr stark auf die Realisierung der Zollunion. Für wichtige Sektoren wie den Kohle- und Stahlsektor, die Atomenergie und die Landwirtschaft galten spezifische Bestimmungen. Nichttarifäre Handelshemmnisse, Dienstleistungen und der Kapitalverkehr wurden kaum von der Liberalisierung erfasst.

In den 1980er Jahren erfolgte dann ein doppelter Umbruch. Auf der globalen Ebene brach bereits zu Beginn der 1970er Jahre das Bretton Woods System zusammen. Es dauerte jedoch einige Zeit, bis sich in der Folge eines US-amerikanischen Strategieschwenks,

d.h. des Übergangs zu einer Hochzins-Hochdollar-Politik und einer Deregulierung der Finanzmärkte, das sogenannte Dollar-Wallstreet-Regime (DWSR) herausgebildet hatte (Gowan 1999). Gestützt auf den dynamischen US-Markt und flankiert durch Förderung des High-Tech-Sektors forcierte das DWSR die Globalisierung und veranlasste andere Länder dazu, auf Strategien der weltmarktorientierten Modernisierung umzuschwenken. In Westeuropa erfasste dieser Prozess die EG-Mitgliedstaaten, dann schon bald die Gemeinschaft insgesamt. Mit Verweis auf die Triade-Konkurrenz – damals mit den USA und Japan – drängten vor allem die Europäische Kommission unter Jaques Delors und der European Round Table of Industrialists (ERT) auf eine Vertiefung der Markt- und Währungsintegration (Sandholtz/Zysman 1989). Der integrierte und zugleich mehrfach erweiterte europäische Wirtschaftsraum sollte es den Transnationalen Konzernen nicht nur ermöglichen, in wichtigen Zukunftsfeldern „Economies of Scale" zu realisieren. Er sollte auch auf eine Intensivierung der innereuropäischen Konkurrenz zwischen den Firmen und den nationalen wohlfahrtsstaatlichen Strukturen – vor allem auf dem Gebiet der Tarif-, Sozial- und Steuerpolitik – hinwirken, um die Produktionskosten zu reduzieren.

Im Laufe der letzten Jahre ging es in der europäischen Politik vornehmlich darum, diese Logik der Kostensenkung durch grenzüberschreitende Konkurrenz zu intensivieren: etwa durch die Finanzmarktintegration, die Liberalisierung des Dienstleistungssektors, die Lissabon-Strategie und die Offene Methode der Koordinierung, den Vorrang des Wettbewerbsrechts in der Rechtsprechung des EuGH oder die austeritätspolitische Disziplinierung der nationalen Regierungen. Zwar gab es auch immer wieder gewisse Konzessionen und flankierende – arbeits-, sozial-, regional-, umwelt- und fiskalpolitische – Maßnahmen (Aktionsprogramme und Richtlinien), um den Wettbewerbsdruck zu moderieren oder abzufedern, doch letztlich waren die hierfür zur Verfügung stehenden Kompetenzen und bereitgestellten Ressourcen recht bescheiden. Ihre Verwendung blieb zumeist neoliberalen Modernisierungsvorstellungen verhaftet, jedenfalls deutlich unterhalb der Schwelle, an der von einer effektiven sozial-ökologischen Transformation hätte geredet werden können.

Wenn sich in den letzten Jahren die Zeichen mehren, dass sich dies ändern könnte, so ist dies mehreren Faktoren geschuldet: erstens sicherlich den – zum Teil ganz unterschiedlich motivierten – öffentlichen Protesten in den europäischen Gesellschaften und den damit verbundenen zentrifugalen Tendenzen, denen die Europäische Kommission und auch der Europäische Rat durch größere Konzessionen zu begegnen versuchen (Kubera/Morozowski 2020); zweitens – wie eingangs bereits angesprochen – den wirtschaftlichen Effekten des Lockdowns und der Corona-Pandemie, die zur Abwehr einer erneut aufbrechenden Eurokrise größere gemeinschaftliche Anstrengungen erforderlich machen (Bergsen et al. 2020); und drittens dem Umbruch in der globalen politischen Ökonomie, insbesondere dem Bedeutungsgewinn Chinas (Schmalz 2018), der die Aufmerksamkeit auf die industriepolitische Förderung des High-Tech-Sektors und den Schutz kritischer Infrastrukturen lenkt und prospektiv auch klimapolitische Fragen auf neue Weise thematisiert.

3 Der amerikanisch-chinesische Hegemoniekonflikt

Der letztgenannte Aspekt weist darauf hin, dass die tradierten Modi der globalen Kooperation unter Spannung geraten sind, vielfach leerlaufen und durch neue – häufig bilaterale oder chinesisch geprägte – Übereinkünfte ersetzt werden. Besonders deutlich machen dies die internationalen Handelsbeziehungen, deren Gestaltung zunehmend weniger im Rahmen der WTO und vermehrt durch bilaterale Handels- und Investitionsabkommen erfolgt. Komplementär hierzu haben im Bereich der internationalen Finanzbeziehungen die etablierten Institutionen des IWF und der Weltbank in dem Maße an Bedeutung eingebüßt, wie durch einzelne Regierungen, Zentralbanken und regionale Entwicklungsbanken – nicht selten unter chinesischer Führung – alternative Kreditlinien und währungspolitische Beistandsabkommen ausgehandelt werden. Mit der Genese neuartiger Foren und Modalitäten der internationalen Wirtschaftskooperation wandelt sich auch der Prozess der Globalisierung. Im Anschluss an die Weltfinanzkrise ist er augenscheinlich ins Stocken geraten; vor allem aber ist er politisch stärker umkämpft und entzieht sich vielfach neoliberalen Gestaltungsprinzipien.

Die Gründe für diesen Wandel sind vielschichtig. Eine wichtige Ursache ist jedoch der politökonomische Bedeutungsgewinn Chinas. Die außergewöhnliche Entwicklung, umfassende Modernisierung und selektive Integration der chinesischen Ökonomie in den Weltmarkt hat entgegen der – zuweilen recht naiven – westlichen Erwartungen nicht zu einer politischen Liberalisierung von Staat und Gesellschaft geführt, sondern zur Herausbildung eines dynamischen entwicklungsstaatlichen Kapitalismusmodells, das ungeachtet seiner autoritären Organisationsformen auf andere Gesellschaften ausstrahlt. Dieser Ausstrahlungseffekt sollte nicht überschätzt werden. Er ist jedoch materiell fundiert und stützt sich auf eine ganze Reihe strategischer Initiativen (Simon 2018: 154 ff.): so etwa auf den Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen wie ASEAN + 3 oder zuletzt der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP); auf die Kooperation im Rahmen der BRICS, auf die Institutionalisierung spezifischer Entwicklungsbanken wie der New Development Bank oder der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB); auf die Belt and Road Initiative (BRI), also auf den Ausbau und die Modernisierung der globalisierungsrelevanten Infrastruktur – Straßen, Bahnlinien, Seewegen und Häfen –, um die eigenen Exporte und die externe Energieversorgung abzusichern; und auf den Strategieplan „Made in China 2025", mit dem in zehn Schlüsselsektoren, die meisten im High-Tech-Bereich – also Raumfahrt, Elektroautos, Halbleiter, Künstliche Intelligenz –, die weltmarktführende Rolle chinesischer Firmen auf- und ausgebaut werden soll.

Schon in den zurückliegenden Jahren hat die chinesische Ökonomie, gestützt auf ähnliche entwicklungsstaatliche Projekte und Praktiken, technologisch enorm aufgeholt. Gerade im Handel und im IuK-Sektor sind zahlreiche, global operierende Unternehmen entstanden – u.a. Huawei, Tencent, ZTE, Baidu, Alibaba etc. –, die insbesondere von Seiten der USA als Gefahr, zumindest als Herausforderung der eigenen Führungsrolle im Hochtechnologie-Sektor betrachtet werden. Schon die Obama-Administration hat entsprechend versucht, den mutmaßlichen Expansionsdrang Chinas zu

begrenzen: geopolitisch durch die sogenannte Pivot-to-Asia Initiative und handelspolitisch durch die Trans-Pacific Partnership (TPP), d.h. den Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen mit anderen wichtigen Ländern in der Region. Der Erfolg der Obama-Politik war eher bescheiden, bevor unter Trump gemäß dem „America First"-Motto ein Strategiewechsel vollzogen wurde, der China handelspolitisch, d.h. durch die Androhung und Umsetzung protektionistischer Maßnahmen, unter Druck zu setzen bestrebt war. Ergänzt wurde der „Handelskrieg" durch zahlreiche Begleitmaßnahmen, unter anderem durch den 2018 verabschiedeten Export Control Reform Act, der die Aneignung technologischen Wissens durch die chinesische Konkurrenz unterbinden soll – eine Besorgnis, die auch für die internationale Politik der Biden-Administration bestimmend bleiben wird (Biden 2020).

Der Europäischen Union fällt es augenscheinlich schwer, sich in der skizzierten hegemonialen Konfliktkonstellation zu verorten (Bieling 2019). Lange zeigte sie sich bemüht, die von ihr seit den 1990er Jahren verfolgte Strategie einer regelbasierten, aber grundsätzlich marktliberalen Globalisierungspolitik unter erschwerten Bedingungen fortzusetzen und die Wirtschaftsbeziehungen mit beiden Großmächten durch den Abschluss entsprechender Abkommen – die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) mit den USA und eine strategische Partnerschaft mit China – zu intensivieren. Nachfolgend mehrten sich dann jedoch die Zweifel, ob diese Orientierung noch zeitgemäß ist. Unter dem Eindruck des schwer kalkulierbaren Wirtschaftsnationalismus der Trump-Administration und eines verstärkt selbstbewusst, bisweilen ebenfalls nationalistisch auftretenden Chinas unter Xi Jinping haben sich die EU-Debatten verändert. Symptomatisch für diesen Wandel sind – im Verhältnis zu den USA – das vor allem von Frankreich propagierte Konzept der „strategischen Autonomie" (Lippert et al. 2019) und eine Neubewertung Chinas, das seitens der EU nun weniger als „strategischer Partner" denn als „Systemrivale" betrachtet wird (Europäische Kommission 2019: 1). Offenbar wird in der EU vermehrt reflektiert, dass den Tendenzen einer Versicherheitlichung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen mit den Instrumenten einer „nomative power" (Manners 2002) nur unzureichend begegnet werden kann, zumal sich die Versicherheitlichung – im Verhältnis zu den USA und China – unter den Bedingungen einer asymmetrisch strukturierten ökonomisch-technologischen Interdependenz vollzieht. Das heißt, die USA und zunehmend auch China überwachen und kontrollieren nicht einfach nur den Zugang und die Nutzung der internationalen, (informations-)technologisch gesteuerten Infrastruktur, etwa den internationalen Zahlungsverkehr oder die Internet-Kommunikation. Sie haben auch die Möglichkeit – im Sinne einer „weaponized interdependence" (Farrell/Newman 2019) –, diese Kontrolle zu nutzen, um die EU wirtschafts- und sicherheitspolitisch unter Druck zu setzen.

4 Das europäische Feld strategischer Erwägungen und Diskurse

Einige der jüngeren Strategiepapiere und Aktivitäten der EU lassen sich nun als der Versuch interpretieren, sich der skizzierten Umklammerung und externen Abhängigkeit zu

entziehen. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Wiederentdeckung und deutliche Aufwertung der „Industriepolitik", d.h. der selektiven politischen Förderung einzelner Branchen oder Unternehmen durch steuerliche Begünstigungen, Subventionen, Forschungsinstitute, eine modernisierte Infrastruktur etc. (zu den unterschiedlichen Formen der Industriepolitik vgl. Rehfeld/Dankbaar 2015). Industriepolitische Programme hatten als nationalstaatliche Steuerungsinstrumente im Europa der Nachkriegsjahrzehnte eine große Bedeutung. Sie waren im Zuge der EG-Binnenmarktintegration und dem Primat der Wettbewerbspolitik, also des Bestrebens, ein sogenanntes „Level-Playing Field" für alle Marktakteure bereitzustellen, dann aber zurückgedrängt worden. Das erneute Umdenken in der EU ist auf die erfolgreichen technologischen Innovationen und Entwicklungssprünge in wichtigen Zukunftsindustrien in den USA und China zurückzuführen. Diese waren und sind in hohem Maße industriepolitisch generiert worden (Mazzucato 2014; Staab/Piétron 2020). So lassen sich die jüngeren industriepolitischen Vorstöße wie z.B. das Altmaier-Le Maire-Papier, diverse Programme auf der europäischen Ebene (Europäische Kommission 2014; 2017; 2020) und auch die Stärkung nationaler und europäischer Entwicklungsbanken (Mertens/Thiemann 2018) als Versuch interpretieren, die positiven Erfahrungen in anderen Ländern auch für die EU nutzbar zu machen.

Wie dargelegt ist der industriepolitische Impuls, der von der neuen Triade-Konkurrenz mit den USA und China ausgeht, nicht zu unterschätzen. Letztlich wäre es jedoch verkürzt, die Renaissance der europäischen Industriepolitik allein hierauf zurückzuführen. So war bereits das Selbstverständnis der Juncker-Kommission dadurch geprägt gewesen, die Folgen der Finanz- und Eurokrise, insbesondere die desintegrativen Effekte der sozioökonomischen Entwicklung und die dadurch geförderten zentrifugalen Tendenzen, zu bearbeiten (Juncker 2014). Neben einer gewissen Abschwächung der austeritätspolitischen Vorgaben sollten im Sinne einer investitions- und industriepolitischen Offensive auch zusätzliche Ressourcen und Instrumente bereitgestellt werden, um der ungleichen Entwicklung und den Tendenzen der Deindustrialisierung entgegenzuwirken. Darüber hinaus sah die Kommission in der industriepolitischen Generierung technologischer Innovationen die Chance, ökologische Ziele, etwa die Reduktion der Treibhausgase in den Bereichen Verkehr, Energieversorgung und Landwirtschaft, besser erreichen zu können. Die von der Leyen-Kommission ist bestrebt, unter dem Schlagwort des „European Green Deal" die ökologischen Nachhaltigkeitsziele – so z.B. durch den Zuschnitt des Wiederaufbaufonds, die Verwendung der Strukturfonds und die industriepolitischen Programme – nochmals stärker zu gewichten (von der Leyen 2019).

Ob und in welchem Maße die skizzierten Ziele der Industriepolitik – die gestärkte technologische Unabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und China, die Korrektur der ungleichen Entwicklung in der EU und der Übergang in eine ökologisch nachhaltige Ökonomie – realisiert werden können, ist angesichts der bisher eingeleiteten Umsetzungsschritte kritisch bis negativ zu sehen. Noch bewegen sich die industriepolitischen Diskurse im Schatten einer markt- oder sogar neoliberal strukturierten Integrationsweise. Selbst wenn sie stärker als bislang geschehen aus diesem Schatten heraustreten, bleiben viele Fragen offen: Welche der politischen Kräfte

oder – sicherheits-, industrie- und ökologiepolitischen – Allianzen, die sich hinter den verschiedenen industriepolitischen Zielsetzungen versammeln, werden sich in welchem Maße und in welcher Form durchsetzen? Wie positionieren sich die europäischen Gewerkschaften in diesem Prozess? Inwiefern gelingt es ihnen, sich auf dem Wege der öffentlichen Mobilisierung und bei der Implementierung industriepolitischer Programme in eine veränderte, auch stärker partizipative Operationsweise der Europäischen Union einzuschreiben?

All diese Fragen wie auch die vorherigen Ausführungen zielen darauf, die Chancen eines möglichen europapolitischen Pfadwechsels an der Schnittstelle zwischen der europäischen und globalen Handlungskonstellation zu diskutieren. Die globalen Entwicklungen bergen zahlreiche Gefahren – bis hin zu einer militärisch-gewaltsamen Zuspitzung des amerikanisch-chinesischen Hegemoniekonflikts – in sich, ebenso aber auch das Potenzial, die Debatten über die Erfordernisse einer sozial-ökologischen Transformation zu intensivieren. Soll dieses Potenzial genutzt werden, ist nicht nur die Formierung einer europäischen „Mosaiklinken" (Urban 2009), also eine verstetigte politische Mobilisierung transnational orientierter progressiver sozialer Kräfte erforderlich. Ebenso bedarf es einer externen Absicherung des europäischen Pfadwechsels, d.h. einer Sichtweise auf die Außenbeziehungen der EU, die die proklamierte „strategische Autonomie" im Verhältnis zu den USA und China unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten definiert und in der Praxis ernst nimmt.

Literatur

Bergsen, Pepijn/Billon-Galland, Alice/Kundnani, Hans/Ntousas, Vassilis/Raines, Thomas (2020): Europe After Coronavirus: The EU and a New Political Economy, Research Paper, London: Chatham House. https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/2020-06-08-europe-after-coronavirus-bergsen-et-al_0.pdf

Biden, Joseph R. Jr. (2020): Why America Must Lead Again: Rescuing U.S. Foreign Policy after Trump, in: Foreign Affairs 99(2), S. 64-76.

Bieling, Hans-Jürgen (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden.

– (2019): Globalisierungskonflikte. Die strategische Positionierung und Rolle der EU in der neuen Triade-Konkurrenz, in: Prokla 49 (1), S. 59-78.

Camus, Albert (2004): Der Mythos des Sisyphos, Reinbek.

Europäische Kommission (2014): Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie, Brüssel, den 22.1.2014 COM(2014) 14 final.

– (2017): Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie. Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU, Brüssel, den 13.9.2017 COM(2017) 479 final.

– (2019): EU-China – Strategische Perspektiven, Straßburg, den 12.3.2019 JOIN(2019) 5 final.

– (2020): Eine neue Industriestrategie für Europa, Brüssel, den 10.3.2020 COM(2020) 102 final.

Farrell, Henry/Newman, Abraham L. (2019): Weaponized interdependence: How global economic networks shape state coercion, in: International Security 44(1), S. 42-79.

Gowan, Peter (1999): The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance. London.

Juncker, Jean-Claude (2014): Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel, 15. Juli; https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/juncker-political-guidelines-speech_de_1.pdf

Kubera, Jacek/Morozowski, Tomasz (2020): The social turn and the potential to reconstruct the social dimension of the European Union, in: Kubera, Jacek/Morozowski, Tomasz (Hrsg.): A 'Social Turn' in the European Union? New trends and ideas about social convergence in Europe, London, S. 3-29.

Lippert, Barbara/Ondarza, Nicolai von/Perthes, Volker (2019): Strategische Autonomie Europas: Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, SWP-Studie, 2/2019, Berlin.

Manners, Ian (2002): Normative power Europe: a contradiction in terms?, in: Journal of common market studies 40(2), S. 235-258.

Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München.

Mertens, Daniel/Thiemann, Matthias (2018): Market-based but state-led: The role of public development banks in shaping market-based finance in the European Union, in: Competition & Change 22(2), S. 184-204.

Rehfeld, Dieter/Dankbaar, Ben (2015): Industriepolitik. Theoretische Grundlagen, Varianten und Herausforderungen, in: WSI-Mitteilungen 68(7), S. 491-499.

Ruggie, John Gerard (1982): International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism and the Postwar Economic Order, in: International Organization 36(2), S. 379-416.

Sandholtz, Wayne/Zysman, John (1989): 1992: Recasting the European Bargain, in: World Politics 17(1), S. 95-128.

Schmalz, Stefan 2018: Machtverschiebungen im Weltsystem: der Aufstieg Chinas und die große Krise, Frankfurt a.M.

Simon, Jenny (2018): Die Rolle Chinas in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Operationsmodus der Globalisierung. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25(2): S. 144-163.

Staab, Philip/Piétron, Dominik (2020): Industriepolitik im Zeitalter künstlicher Intelligenz. Zur Renaissance interventionistischer Staatlichkeit, in: Behemoth 13(1), S. 23-34.

Statz, Albert (1989): Die Entwicklung der europäischen Integration – ein Problemaufriss, in: Deppe, Frank/Huffschmid, Jörg/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.): 1992 – Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft, Köln, S. 13-38.

Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 59(6), S. 516-535.

– (2020): Corona und der Blick auf ein anderes Europa. Die EU steht vor einer ungewissen Zukunft, in: AK infobrief EU & International, Nr. 3, S. 2-8.

Von der Leyen, Ursula (2019): Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa, 16. September; https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf.

Thorsten Schulten

Soziales Europa – geht da doch was?

Der Richtlinienvorschlag über angemessene Mindestlöhne als Chance für eine arbeitspolitische Neuausrichtung in der EU

Soziales Europa – eine Illusion?

Es gehört zu den Grundeinsichten der kritischen Europaforschung, dass die Entwicklung der Europäischen Union bereits seit langem durch eine „strukturelle Asymmetrie" (Scharpf 2010) geprägt wird. Vorherrschend ist demnach der Modus einer „negativen" Integrationsweise, bei der nationale Wirtschafts- und Sozialsysteme einem europaweiten Regimewettbewerb ausgesetzt werden. Dabei müssen nationale Regulierungen immer dann, wenn sie vermeintlich die ökonomischen „Grundfreiheiten" von Kapital und Unternehmen behindern, entsprechend angepasst oder vollständig abgebaut werden. Dies gilt nicht zuletzt auch für arbeits- und sozialpolitische Regelungen, die – oft sanktioniert durch entsprechende Urteile des Europäischen Gerichtshofes – für nicht europarechtskonform erklärt wurden. Auf diese Weise wurde die europäische Integration zu einer „großen Liberalisierungsmaschine" (Streeck 2015).

Demgegenüber haben es positive Integrationsprojekte, die darauf abzielen, den integrierten Markt durch neue europaweite Regelungen einzudämmen, ungleich schwerer. Sie sind in der Regel nur dann durchsetzbar, wenn es trotz der oft extrem heterogenen Interessen gelingt, einen tragfähigen politischen Kompromiss zwischen 27 EU-Staaten zu formulieren. Die Heterogenität der Interessen resultiert dabei sowohl aus den immer noch sehr unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Entwicklungsniveaus als auch aus der grundlegenden Ausrichtung und institutionellen Struktur der verschiedenen nationalen Wirtschafts- und Sozialmodelle. Die komplexen politischen Entscheidungsstrukturen innerhalb der EU erschweren dabei zusätzlich die Kompromissfindung, indem sie zahlreiche Blockademöglichkeiten eröffnen und – insbesondere bei einstimmigen Beschlüssen – den Mitgliedstaaten umfangreiche Vetopositionen einräumen.

Die strukturelle Asymmetrie zwischen negativer und positiver Integration zeigt sich nirgendwo so deutlich, wie in der Auseinandersetzung um das soziale Europa. Die Durchsetzung einer umfassenden Arbeits- und Sozialordnung auf EU-Ebene scheitert demnach bislang nicht nur am Widerstand europäischer Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände und konservativ-neoliberaler Regierungen, sondern auch an der Schwierigkeit, angesichts der großen Unterschiede der nationalen Sozialsysteme zu sinnvollen gemeinsamen Regelungen zu kommen. Selbst Mindeststandards gelten in manchen EU-Staaten eher als Bedrohung der eigenen höheren Sozialniveaus, was z.B. die ausgeprägte Skepsis der skandinavischen Länder gegenüber jeglicher Form einer verbindlichen europäischen Arbeits- und Sozialpolitik erklärt.